

Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik – Geplante Rentenreform „willkürlich und manipulationsanfällig“

Ökonomen kritisieren Riesters Rentenpläne

Die deutschen Wirtschaftswissenschaftler sind sich in ihrer scharfen Kritik an den rot-grünen Rentenreformplänen einig. Zwar begrüßen sie den Einstieg in die kapitalgedeckte private Zusatzvorsorge. Die drängenden demographischen Probleme seien aber einmal mehr auf die lange Bank geschoben worden.

HANDELSBLATT, 25.9.2000

wmu BERLIN. Weite Teile der Rentenreform, die Bundesarbeitsminister Walter Riesters (SPD) in dieser Woche vorstellen will, sind „willkürlich und manipulationsanfällig“. Diesem harschen Urteil des langjährigen Vorsitzenden des Sozialbeirats, Wilfried Schmähl (Universität Bremen), mochte keiner der Ökonomen widersprechen, die am Freitag zum Abschluss der diesjährigen Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik in Berlin über die Rentenpolitik diskutierten.

Schmähl, der im Sommer als Vorsitzender des Sozialbeirats geschasst worden war, kritisierte, die Koalition verdränge die langfristigen Probleme der Altersversorgung immer noch. „Die eigentlichen demographischen Probleme setzen erst ab 2020 ein. Und wie sie zu lösen sind, darüber muss jetzt geredet werden“, forderte Schmähl.

Der von der Bundesregierung geschaffene Ausgleichsfaktor sei dafür jedenfalls nicht geeignet, befand Axel Börsch-Supan (Universität Mannheim). Er sei intransparent und berücksichtige wie bereits der „demographische Faktor“ der Blümschen Rentenreform die Demographie nicht hinreichend. „Erstens steht uns mit der gentechnischen Revolution ein weiterer Schub in der Lebenserwartung bevor, und zweitens geht die Geburtenrate weiter zurück“, so Börsch-Supan. Künftig müsse die Lebensarbeitszeit, nicht das Rentenniveau an die Lebenserwartung geknüpft werden. „Bislang ist das Gegenteil der Fall: Die Frühverrentung wird immer noch subventioniert“.

Stefan Homburg (Universität Hannover) pflichtete bei: „Wir müssen uns endgültig von der Vorstellung verabschieden, die Alterseinkom-

men speisten sich künftig noch vorrangig aus Auszahlungen der Gesetzlichen Rentenversicherung“, sagte er. Entscheidend sei der Gesamtbetrag aus allen drei Säulen der Altersversorgung.

Homburg plädierte dafür, künftig einen Höchstbeitragssatz von etwa 20 % festzusetzen und daran die Rentenhöhe auszurichten. „Das macht das Rentensystem transparent. Wer dagegen immer wieder an den Beitragssätzen herumschraubt und suggeriert, dadurch die jetzige Rentenhöhe lasse sich einigermaßen konstant halten, schreibt ungedeckte Schecks aus“.

Einhelliges Lob erntete die Regierung für den Einstieg in die kapitalgedeckte private Zusatzvorsorge. Börsch-Supan sprach sich aber „mit gewissen Bauschmerzen“ gegen eine obligatorische Zusatzvorsorge aus, da diese die Lohnnebenkosten erhöhe. Mittlere und höhere Einkommensgruppen träfen auch ohne staatlichen Zwang Vorsorge, die unteren Einkommensgruppen würden ausreichend subventioniert. Homburg hält auch diese Subventionierung nicht für sinnvoll. Ohnehin sei die geplante steuerliche Privilegierung bestimmter Vorsorgeformen steuersystematisch kaum zur rechtefertigen.

Unterschiedlich bewerteten die Ökonomen, dass die Koalition ihre Pläne zur nachgelagerten Rentenbesteuerung vorläufig auf Eis gelegt hat. Homburg sagte, es sei vernünftig, auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu warten. Börsch-Supan wertete dagegen den Rückzug des Kanzlers als Zeichen für mangelnde Reformfähigkeit: „Die Regierung zeigt damit, dass sie nicht in der Lage ist, die Weichen schon jetzt in die richtige Richtung zu stellen“.